

## **TRACK #4: Die Hegemonie der Ökonomie**

Wie orthodox ist der ökonomische Mainstream (noch)? –  
Veränderungsdynamiken und Beharrungstendenzen in der heutigen Ökonomie

Hiermit bewerbe ich mich für den Track 4 mit meiner Masterarbeit, welche sich mit dem ontologischen Ökonomieverständnis der EU beschäftigt.

### **„Solidarität und makroökonomische Steuerung - gefangen in den Wirtschaftsverträgen der WWU“**

Die Europäische Wirtschafts- und Währungsunion (WWU) interpretierte die letzte Finanz- und Wirtschaftskrise hauptsächlich als Staatsschuldenkrise, welche damalige Austeritätsmaßnahmen legitimierte. Eingezwängt in die Rahmenbedingungen von u.a. dem Maastricht Vertrag beschreibt Schmidt (2022) die damalige Politikkultur als „Governing by Rules and Ruling by Numbers“ - eine regelbasierte, auf Zahlen ausgerichtete Politikgestaltung mit zu begrenzten Investitionsinstrumenten, als dass sie den asymmetrischen Wirtschaftsschock damals hätten ausgleichen können. Die jetzige Krise angefacht durch die Pandemie verlangte jedoch andere Antworten. Die Mitgliedstaaten verstießen zunächst im Alleingang gegen die Schuldenregeln des Stabilitäts- und Wachstumspaktes, als sie massive Geldspritzen zur Stützung von Unternehmen, zum Schutz von Arbeitsplätzen und zur Unterstützung von Einzelpersonen und Familien bereitstellten. Schon die anfänglichen Staatsausgaben und Investitionen, geschuldet der Pandemie, stellten einen Bruch mit der neoklassisch-orthodoxen Haushaltspolitik der schwarzen Null in den Jahren zuvor dar.

Zunächst zögerlich, aber dann kräftig mussten die europäischen Institutionen nachziehen. Um die notwendigen finanziellen Mittel zu ermöglichen, führte die EZB z.B.: das Pandemie-Notkaufprogramm „PEPP“ ein, welche eine weit größere monetäre Lockerung als die im Zuge der Finanzkrise darstellt, jedoch ohne Gegenleistungen wie Sparmaßnahmen und Strukturreformen einzufordern. Die Regeln des Stabilitäts- und Wachstumspaktes (SWP) wurden zunächst ausgesetzt und erhebliche Schulden zum Zweck einer solidarischen Umverteilung aufgenommen. Weiters wurden neue Instrumente in diesem Sinne eingeführt (SURE, NGEU, RFF etc.).

Im Zentrum der neuen EU-Maßnahmen steht das EU-Konjunkturpaket „Next Generation EU“ (NGEU), welches die grundlegenden Rahmenbedingungen der WWU tiefgreifend veränderte. Zum ersten Mal ist die EU mit fiskalpolitische Kompetenzen ausgestattet, die ihren währungspolitischen Kompetenzen nahekommen. Denn erstmals hat die EU reale Steuerbefugnisse in politischen Kernthemen erhalten. Diese ermöglichen in den Green Deal und in die Digitalisierung zu investieren, indem die Möglichkeit geschaffen wurde eigene finanzielle Mittel für das Budget aufzustellen – erstmalig finanziert durch die Aufnahme gemeinsamer Schulden auf dem Kapitalmarkt (Fabbrini 2022 S194). Insgesamt sieht das Next Generation EU-Paket vor gemeinsam 806,9 Mrd. EUR\* zu investieren. Auch wenn es sich dabei nicht um einen Hamilton'schen Moment handelt, bei dem die Staatsschulden vergemeinschaftet wurden, wie es die Vereinigten Staaten vor 230 Jahren taten, so haben diese neuen

Maßnahmen doch ein langjähriges Tabu gebrochen in der EU gemeinsame Schulden aufzunehmen (Begg 2021).

Um ein Verständnis für die aktuellen Ereignisse zu erlangen, ist es erforderlich, die theoretischen Grundlagen der WWU genauer zu betrachten. Die größten Befürchtungen der damals vorherrschenden neoklassischen Wirtschaftstheorie lagen in steigenden Staatsschulden und dessen Auswirkungen auf die Inflation. Die Konsequenz darauf war die Einschränkung der Rolle der nationalen demokratischen Regierungen und des keynesianischen Wohlfahrtsstaates (Costantini 2017). Obwohl der Euro eines der wichtigsten anti-neoliberalen Projekte der WWU war, wurde die neoliberale Austeritätspolitik in den grundlegenden Verträgen der EU verankert: Maastricht 1992, der Stabilitäts- und Wachstumspakt (SWP) 1997 und Lissabon 2009 (Schulmeister 2018). Die fiskalischen Vorgaben beruhen auf einer restriktiven Fiskalpolitik, die u.a. die stark umstrittene "No-Bailout-Klausel" beinhaltet. Die Finanzmarktdisziplin war das wichtigste Prinzip, das durch den Stabilitäts- und Wachstumspakt und später durch weitere Mechanismen (Two-Pack & Six-Pack) kontrolliert wurde.

Die gegenwärtige Wirtschaftskrise hat deutlich gezeigt, dass eine zentrale Steuerung und europäische Solidarität in der WWU notwendig sind, um auf wirtschaftliche und finanzielle Krisen reagieren zu können (Costantini 2017). Um zu verstehen, ob diese politischen Veränderungen von Dauer sind, ist es notwendig, die Machthierarchie der Akteure im theoretischen Diskurs zu verstehen. In meiner Masterarbeit untersuche ich daher die ontologisch-ökonomische Legitimierung der neuen politischen Maßnahmen während der Pandemie. Mit Hilfe der kritischen Diskursanalyse (CDA) versucht die Masterarbeit die sich verändernde ökonomischen Diskurse der EU zu analysieren und nachzuzeichnen. Die CDA macht diskursive Konstrukte sichtbar und hinterfragt damit den aktuellen Stand der Dinge (Lynggaard 2019). Untersucht wird insbesondere welches theoretische Wirtschaftsverständnis in den europäischen Institutionen, insbesondere dem europäischen Parlament praktiziert wird, wie es sich im Laufe der letzten zwei Jahre verändert hat und welche Überzeugungen die politischen Akteur\*innen vertreten.

#### Literatur:

Begg, I. (2021): One Instrument, Many Goals: Some Delicate Challenges. In: CESifo Forum 1/2021 Vol. 2. S.9-13. Available at: <https://www.cesifo.org/DocDL/CESifo-Forum-2021-1-begg-NGEU-january.pdf> (Seen 21.03.2022)

Fabbrini, S. (2022): The Legal Architecture of the Economic Responses to COVID-19: EMU beyond the Pandemic, *Dublin Journal of Common Market Studies* 2022. Vol. 60. No 1. pp. 186–203 Dublin City University, DOI: 10.1111/jcms.13271

Commission (2001): Second Report on Economic and Social Cohesion. [https://ec.europa.eu/regional\\_policy/sources/docoffic/official/reports/pdf/conclu1\\_en.pdf](https://ec.europa.eu/regional_policy/sources/docoffic/official/reports/pdf/conclu1_en.pdf) (Seen 21.03.2022)

Costantini, O. (2017): Political economy of the Stability and Growth Pact. *European journal of economics and economic policies: Intervention*, Vol. 14 No.3. S.333-350.

Lynggaard K. (2019): Discourse Analysis as a Research Strategy. In: Discourse Analysis and European Union Politics. Palgrave Studies in European Union Politics. Palgrave Macmillan, London. [https://doi-org.uaccess.univie.ac.at/10.1057/978-1-137-39326-5\\_2](https://doi-org.uaccess.univie.ac.at/10.1057/978-1-137-39326-5_2)

Schmidt, V. A. (2022): Economic Crisis Management in the EU: from past Eurozone mistakes to future promise beyond the COVID-19 pandemic. In Economic Crisis Management in the EU. Swedish Institute for European Policy Studies. Stockholm. S.19-39.

Schulmeister, S. (2018): Das Richtige im Falschen: Verteidigen wir den Euro. In: Blätter für deutsche Internationale Politik.